Landkreis **Vorpommern-Rügen**
Die Kreistagspräsidentin

Niederschrift über
die 4. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen
am 24. Februar 2020

Sitzungsraum: im "Audimax" der Hochschule Stralsund,
Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 - 21:07 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Frau Ute Bartel
Herr Norbert Benedict
Herr Alexander Benkert
Frau Wenke Brüdgam
Herr Jörg Burwitz
Frau Rita Falkert
Herr Frank Fanter
Herr Stefan Giese
Herr Aurel Hagen
Herr Benjamin Heinke
Herr Roland Herrmann
Herr Maik Hofmann
Herr Frank Ilchmann
Frau Andrea Kähler
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Frau Kristine Kasten
Herr Albrecht Kiefer
Frau Anett Kindler
Herr Holger Kliewe
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Frau Andrea Kühl
Herr Andreas Kuhn
Herr Jens Kühnel
Herr Philipp Laars
Herr Hendrik Lastovka
Frau Christiane Latendorf
Herr Dirk Leistner
Herr Mathias Löttge
Herr Michael Meister
Frau Kathrin Meyer
Herr Wolfgang Meyer
Frau Christiane Müller
Frau Claudia Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Helmut Poppe
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Herr Gerd Scharmberg
Frau Sylvia Schiefler
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Daniel Schossow
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Jürgen Suhr
Herr Norbert Thomas
Herr Peter van Slooten
Frau Heike Völschow
Frau Petra Voß
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Frau Susann Wippermann
Herr Dr. Ronald Zabel
Herr Tilo Ziemßen
Frau Anita Zimmermann

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth	Landrat
Frau Carmen Schröter	FBL 1
Herr Manfred Gerth	FBL 2
Herr Frank-Peter Lender	FBL 3
Frau Ricarda Rumpel	FDL 01
Frau Peggy Schäpler-Moede	FGL 01.20
Herr Marcus Hanusch	Protokollführer

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Ernst Branse	entschuldigt
Herr Uwe Dalski	unentschuldigt
Herr Harry Glawe	unentschuldigt
Herr Christian Griwahn	entschuldigt
Frau Andrea Köster	entschuldigt
Herr Norbert Schöler	entschuldigt
Herr Dario Seifert	entschuldigt
Frau Andrea Zachow	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1.	Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Bestätigung der Tagesordnung	
4.	Genehmigung der Niederschrift vom 9. Dezember 2019	
5.	Information der Kreistagspräsidentin	
6.	Bericht des Landrates	
7.	Anfragen der Kreistagsmitglieder	
8.	Nach- und Umbesetzungen	
8.1.	Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Mobilitätsausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Uwe Ahlers durch Herrn Ingo Blume	
8.2.	Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Regionalen Planungsverband Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Fabian Czerwinski durch Herrn Wolfgang Kannengießer	
9.	Richtlinie zur Förderung des Vereinssports im Landkreis Vorpommern-Rügen	
9.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FR, SPD, DIE LINKE: "Diskriminierungsverbot in der Sportförderrichtlinie verankern"	A/3/0027
9.2.	Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW und BfS-FDP zum Antrag A/3/0027: „Diskriminierungsverbot in der Sportförderrichtlinie verankern“	A/3/0027/1

9.3.	Richtlinie zur Förderung des Vereinssports im Landkreis Vorpommern-Rügen	BV/3/0090
10.	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Vorpommerschen Landesbühne Anklam und ihren Zuwendungsgebern und Leistungspartnern: das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Landkreise Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen, die Hansestadt Anklam, die Gemeinde Ostseebad Heringsdorf, die Gemeinde Ostseebad Zinnowitz und die Städte Barth und Wolgast	BV/3/0093
11.	Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH in der Fassung vom 27. März 2019	BV/3/0094
12.	Wirtschaftsplan der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH	I/3/0004
13.	Festlegung der Aufnahmekapazität an der Sonnenblumenschule Franzburg - Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung	BV/3/0096
14.	Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) zum 31. Dezember 2018	BV/3/0054
15.	Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2018	BV/3/0055
16.	Abberufung des Kreiswehrführers	BV/3/0098
17.	Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Unterstützung der Einführung eines kostenlosen Senioren-Tickets im Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund“	A/3/0021
18.	Antrag der Kreistagsfraktion BVR/FW und BfS-FDP: „Aufnahme des straßenbegleitenden Radweges an der L 21 zwischen den Gemeinden Wieck und Born auf dem Darß in die Prioritätenliste des Landkreises Vorpommern-Rügen“	A/3/0022
19.	Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zum Erhalt des Abstiegs am Königsstuhl vom 11. März 2019“	A/3/0023
20.	Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Anbindung der Ortsteile von Ribnitz-Damgarten an den Stadtverkehr“	A/3/0024
21.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: „Sicherstellung einer guten Akustik während der Kreistagssitzungen“	A/3/0025
22.	Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU, GRÜNE, SPD, BfS-FDP, BVR/FW: „Weiterführung der kommunalen Kofinanzierung der Frauenschutzhäuser“	A/3/0026
23.	Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Stralsund/FDP und der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Beauftragung des Landrates zur Einführung eines Wahlpflichtfaches Feuerwehr“	A/3/0028
24.	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN/FR: „Aufstellung von Dünenabzäunung"	A/3/0029

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Kreistag gedenkt der Opfer von Hanau mit einer Schweigeminute.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer eröffnet die 4. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und 52 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind. Somit stellt **Frau Kreistagspräsidentin Meyer** die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Bonekamp bittet den Kreistag um Unterstützung dafür, am Königsstuhl wieder einen Abstieg zu errichten. Herr Bonekamp führt an, dass es ein Treffen vor der Kommunalwahl gegeben habe und alle Beteiligten für einen Abstieg gewesen seien. Jedoch sei im Nachhinein nichts passiert. Die IHK hätte zusammen mit Herrn Jörg Burwitz und dem Bürgermeister von Lohme Prof. Feuerbach eingeladen und erfragt, ob die Errichtung eines Abstieges möglich wäre. Prof. Feuerbach führte an, dass er für einen sicheren Abstieg sowie für ein Unternehmen garantieren könne, welches den Abstieg sichern würde. Es sei bis zum heutigen Tage jedoch nichts passiert.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer weist daraufhin, dass das Thema „Abstieg Königsstuhl“ auf der Tagesordnung stehe und laut Geschäftsordnung des Kreistages somit nicht in der Einwohnerfragestunde behandelt werden könne. Sollte das Thema nicht abschließend in dieser Sitzung des Kreistages beantwortet werden, werde eine Beantwortung durch die Verwaltung erfolgen.

Herr Perleberg erfragt, wer die administrativen Rechte für das Nationalparkzentrum und das Gelände des Königsstuhls habe. Sodann verliest Herr Perleberg weitere Fragen.
Welchen Standpunkt vertritt der Kreistag:
a) zu dem Abbau der Holztreppe zum Strand am Königsstuhl?
b) Ist der Kreistag für oder gegen einen Abstieg am Königsstuhl?
c) Durch Herrn Minister Dr. Backhaus sei gesagt worden, dass eine Problemlösung für die Reaktivierung der historischen Pumpe am Königsstuhl gefunden werde. Dies sei bis heute nicht erfolgt?
d) zur künstlichen Vernässung der Waldwiesen und deren Auswirkung auf die Küsten sowie umliegenden Gemeinden?
e) Was werde bezüglich des Zustandes der Kopfsteinpflasterstraßen in der Stubnitz unternommen? Diese seien durch Holztransporte schwer beschädigt worden.
f) Die Straßen, die von der L 303 zum Steilufer verlaufen, seien durch Gräben unterbrochen, dies seien Rettungswege. Was geschehe, wenn durch Baumsturz diese nicht befahrbar seien?

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet Herrn Perleberg seine Fragen einzureichen. Eine Beantwortung erfolge schriftlich durch die Verwaltung.

Weitere Einwohneranfragen gibt es nicht.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Kreistagspräsidentin Meyer teilt mit, dass ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung der Kreistagsfraktion AfD vorliege. Sie weist daraufhin, dass der Antrag nicht fristgerecht eingegangen sei und empfehle den Antrag zurückzuziehen.

Herr Herrmann führt aus, dass er die Dringlichkeit darin sehe, dass Rechtssicherheit durch eine Klarstellung erfolgen müsse. Er beantragt, dass über den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung abgestimmt werden solle.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass die Dringlichkeit hier nicht gegeben sei. Eine eventuell positive Abstimmung führe zu einer Rechtswidrigkeit, welcher er widersprechen müsste.

Herr Herrmann gibt an, dass die Kreistagsfraktion AfD den Antrag zurückziehe.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung zur der Bestätigung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4. Genehmigung der Niederschrift vom 9. Dezember 2019

Herr Herrmann moniert, dass in der Niederschrift die Anmerkung von ihm bezüglich der Aufnahme des falschen Paragraphentextes nicht aufgenommen worden sei. Es sei in der Sitzung nur über den Änderungsantrag abgestimmt worden. Gemäß Niederschrift sei jedoch nicht über den Ursprungsantrag abgestimmt worden. Herr Herrmann führt an, dass erst über den Änderungsantrag und anschließend über den Ursprungsantrag hätte abgestimmt werden müssen. Insofern sei der Beschluss rechtswidrig zustande gekommen. Gemäß § 111 Abs. 1 S.1 KV M-V hätte der Landrat diesem Beschluss widersprechen müssen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt

5. Information der Kreistagspräsidentin

Frau Kreistagspräsidentin Meyer informiert, dass sich zum 31. Dezember 2019 die Alternative Fraktion Vorpommern-Rügen (AFVR) aufgelöst habe. Weiter erfolge um 18:00 Uhr wieder eine 20-minütige Pause der Kreistagssitzung.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer gibt die Beschlüsse aus nicht öffentlicher Sitzung bekannt.

TOP 34 - Ankauf der Liegenschaft in der Lindenallee 61 in 18437 Stralsund
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt.

TOP 36 - Abschluss eines Mietvertrages am Verkehrslandeplatz Güttin zum Betreiben einer Photovoltaik-Freiflächenanlage für die Dauer von 20 Jahren mit Verlängerungsoption
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt.

TOP 37 - Kauf von Flächen der Bodenverwertungs- und –verwaltungs GmbH (BVVG) zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung - "Nordvorpommersche Waldlandschaft"
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt.

TOP 38 - Vergabe Postdienstleistungen 2020-2022
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt.

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth begrüßt die Auszubildenden des 1. Lehrjahres des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass es bis jetzt keine positiven Corona-Befunde im Landkreis Vorpommern-Rügen gebe. In Deutschland gebe es aktuell 16 bestätigte Corona-Fälle. Dies könne sich jedoch sehr schnell ändern. Der Landkreis Vorpommern-Rügen gehe davon aus, dass er gut vorbereitet sei. Die Landkreisseite sei mit der Seite des Robert-Koch-Institutes verlinkt. Sollte es im Landkreis Vorpommern-Rügen einen positiven Fall von Corona geben, könne sich über die Seite informiert werden. Weiter sei die jährliche Grippewelle mit 1.355 Fällen in Mecklenburg-Vorpommern und im Landkreis Vorpommern-Rügen mit 352 Fällen zu erwähnen. Diese sei normal und stelle kein besonderes Vorkommnis dar.
Im nichtöffentlichen Teil stehe eine Personalveränderung an. Frau Brühan, Fachdienstleiterin der Rechnungs- und Gemeindeprüfung, gehe in einigen Wochen in den Ruhestand. Sie habe den Kreistag und die Verwaltung immer sehr kritisch betrachtet, aber auch immer Lösungen vorgeschlagen. An dieser Stelle einen großen Dank an Frau Brühan für die geleistete Arbeit.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass darum gebeten worden sei, im Bericht des Landrates eine Beschlusskontrolle einzuführen. Dieser Bitte möchte er nachkommen. Im Kreistag wurde beschlossen, eine Investitionsförderrichtlinie für Vereine auf den Weg zu bringen. Diese könne für den Juni Kreistag vorbereitet werden. Jedoch gebe es Probleme mit der Deckungsquelle. Dies müsse in den nächsten Ausschusssitzungen diskutiert werden.
Weiter gebe es den Beschluss aus dem Kreistag im Dezember 2018. Der Landkreis Vorpommern-Rügen solle der Arbeitsgruppe „Fahrradfreundliche Kommunen“ beitreten. Bis jetzt konnte jedoch kein Beitritt erfolgen, da dieser Verein noch nicht als juristische Person gegründet worden sei. Diese Gründung solle jedoch in naher Zukunft erfolgen. Dann könne der Landkreis Vorpommern-Rügen der Arbeitsgruppe auch beitreten. Er merkt an, dass eine Mitgliedschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen in der Arbeitsgruppe fragwürdig sei. Weitere Landkreise seien dort nicht vertreten. Es bestehe die Gefahr, dass der geplante Radwegebeauftrage dann an andere Aufgaben gebunden werde. Für die Stelle des Radwegebeauftragten solle in der kommenden Woche die Stellenausschreibung erfolgen.

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass die digitale Gremienarbeit bereits gut angelaufen sei. Er hoffe, dass dies weiterhin positiv durch die Kreistagsmitglieder angenommen werde.

Zum Stichwort Klimaschutzmanager habe **Herr Landrat Dr. Kerth** darum geworben, dass die Stelle eher in der technischen Richtung angesiedelt werde. Der Klimaschutzmanager war natürlich nicht untätig. Die Fördermittelbeantragung für Elektro Fahrzeuge für den Fuhrpark der Verwaltung und die entsprechende Ladeinfrastruk-

tur sei angelaufen. Im Oktober 2020 solle dies komplett umgesetzt sein. Ebenfalls sollen Energieeinsparungen in Gebäuden des Landkreises Vorpommern-Rügen umgesetzt werden. Zum Beispiel sollen die Förderschule in Grimmen mit einer Be- und Entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung ausgestattet und in den Klassenräumen der Sonnenblumenschule in Franzburg zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen eine Sonnenschutzanlage installiert werden.

Weiter habe es zur Afrikanischen Schweinepest eine kreisübergreifende Übung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gegeben. Geübt wurden neben der praktischen Tätigkeit der Veterinäre auch die Stabsarbeit im Kreiskrisenzentrum. Die gesammelten Informationen dienen für die hoffentlich nicht eintretenden Ernstfälle. Diese Übung sei sehr gut verlaufen. Die Übung untersetzte die im letzten Kreistag geschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. So könne kommunale Zusammenarbeit gelebt werden.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt Informationen aus der Verwaltung. Im Carl-Heydemann-Ring 67 sei die Poststelle saniert worden. Hier gebe es nun bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter/innen. Weiter starte der Landkreis Vorpommern-Rügen auch im Social Media Bereich, wie z.B. Facebook und Youtube, durch. Dies sei jedoch erst ein Anfang. Herr Landrat Dr. Kerth ist überzeugt, dass dies eine zeitgemäße Kommunikation mit den Bürgern ermögliche.

Herr Landrat Dr. Kerth berichtet zum Thema „Darßbahn“, dass eine Anschließung der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst erfolge. Dies sei nicht selbstverständlich. Folglich sei auch der Erhalt der Bahnstrecke Velgast-Barth wieder sicherer geworden.

Zum Thema Marketingkampagne informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass das Interessenbekundungsverfahren abgelaufen sei. Hier seien 5 Interessenten aufgefordert, ein entsprechendes Angebot abzugeben. Diese Frist laufe bis Ende Februar.

Weiter leide der Landkreis Vorpommern-Rügen an allen Standorten an Platzmangel. Es gebe keine freien Kapazitäten mehr. Daraus resultiere die Überlegung, ob sich der Landkreis Vorpommern-Rügen eventuell neu aufstelle. Darüber werde der Kreistag, wenn es soweit ist, entsprechend informiert.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass der Fachdienst Veterinär und Verbraucherschutz vom Knieperdamm 3 in die Lindenalle 61 in Stralsund umgezogen sei.

Herr Landrat Dr. Kerth berichtet, dass es vom Gutachterausschuss einen neuen Grundstücksmarktbericht vom Jahr 2019 gebe. Im Jahr 2017 habe es über 4.000 Erwerbsvorgänge gegeben. Insgesamt zeichne sich ab, dass die durchschnittlichen Wohnflächenpreise gegenüber 2017 um 15 % gestiegen sind.

Im Fachdienst Ausländer und Asylrecht habe es im Jahr 2019 insgesamt 211 Zuweisungen von Personen als Asylbewerber gegeben. Dies sei ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu 2014. Durchschnittlich leben 10.000 Ausländer im Landkreis Vorpommern-Rügen. Im Jahr 2019 seien 31 Personen freiwillig ausgereist.
Zum 1. März 2020 trete das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft. Im Landkreis Vorpommern-Rügen werde dahingehend kein großartiger Durchbruch erwartet.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass die VVR in den nächsten Tagen komplett bestreikt werde. Die Forderung von ver.di liege weit über dem Möglichen.

Abschließend teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** eine erfreuliche Nachricht mit, er habe

für die „Smarte Landregion“ den Antrag für das Fördermittelprojekt 5 x 5G unterschrieben.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Kuhn führt an, dass für die Darßbahn noch ein Planfeststellungverfahren erfolgen müsse. Er bittet darum, dass durch die Kreisverwaltung die entsprechenden Beschlüsse umgesetzt werden.

Frau Kasten informiert, dass das Theater Putbus sein 200 jähriges Bestehen feiere. Sie erfragt, wie der Stand zur Barrierefreiheit in diesem Zusammenhang sei.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer antwortet, dass eine schriftliche Beantwortung erfolgen werde.

Frau Kähler erfragt, wie weit die Planungen bezüglich des Straßenneubaus im Bereich Mönchgut und dem Straßenbau beim Erdbeerhof seien.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass in den letzten Wochen ein Fachgespräch dazu stattgefunden habe. Dieses Thema solle so konfliktfrei wie möglich stattfinden.

Frau Kannengießer erfragt, inwieweit der Landkreis Vorpommern-Rügen für die Tiernotstationen als Aufsichtsbehörde zuständig und in welchem Umfang der Landkreis an einer Betreibung dieser beteiligt sei. Die Tiernotstationen in Bergen auf Rügen seien sehr alt und baufällig. Inwieweit könne der Landkreis Vorpommern-Rügen hier unterstützend tätig werden.
Frau Kannengießer trägt eine weitere Frage zum Raummangel in der Verwaltung vor: Inwieweit ist es kostengünstiger, die Verwaltung wieder zu dezentralisieren?

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass, wenn es um das Tierwohl gehe, der Landkreis Vorpommern-Rügen grundsätzlich mit zuständig sei. Jedoch, wenn es sich um Fundtiere handele, seien die Gemeinden zuständig. Er habe keinen genauen Überblick darüber, wie die Ämter organsiert seien, habe aber auch von dem Problem gehört. Er plädiere dafür, dass in der entsprechenden Kommune Lösungen gefunden werden.
Bezüglich der Frage der Dezentralisierung merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass im Landkreis Vorpommern-Rügen der Kreistagsbeschluss gelte, welcher besagt, dass an den Standorten Ribnitz-Damgarten, Grimmen, Bergen auf Rügen und Stralsund ein Bürgerservice vorhanden sei.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer schließt den Tagesordnungspunkt und unterbricht die Sitzung für eine 20-minütige Pause.

8. Nach- und Umbesetzungen

8.1. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Mobilitätsausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Uwe Ahlers durch Herrn Ingo Blume

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 93-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Uwe Ahlers als stellvertretendes Mitglied des Mobilitätsausschusses, wird Herr Ingo Blume als neuer Stellvertreter für Frau Friederike von Buddenbrock, in den Mobilitätsausschuss nachbesetzt. Somit ist Herr Ingo Blume stellvertretendes Mitglied für Frau Friederike von Buddenbrock im Mobilitätsausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8.2. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Regionalen Planungsverband Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Fabian Czerwinski durch Herrn Wolfgang Kannengießer

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 94-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:
Aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Fabian Czerwinski wird Herr Wolfgang Kannengießer als neues Mitglied in den Regionalen Planungsverband Vorpommern nachbesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9. Richtlinie zur Förderung des Vereinssports im Landkreis Vorpommern-Rügen

**9.1. Antrag der Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FR, SPD, DIE LINKE: "Diskriminierungsverbot in der Sportförderrichtlinie verankern"
Vorlage: A/3/0027**

**9.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW und BfS-FDP zum Antrag A/3/0027: "Diskriminierungsverbot in der Sportförderrichtlinie verankern
Vorlage: A/3/0027/1**

**9.3. Richtlinie zur Förderung des Vereinssports im Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0090**

Frau Kindler begründet den eingebrachten Antrag A/3/0027. Weiter gibt **Frau Kindler** an, dass die Fraktionen dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW und BfS-FDP zustimmen könnten.

Herr Hofmann begründet den eingebrachten Änderungsantrag A/3/0027/1.

Herr Löttge merkt an, dass die Fraktion BVR/FW das im Antrag A/3/0027 genannte Diskriminierungsverbot begrüße, dieses jedoch anders formuliert werden müsse.

Frau Bartel weist daraufhin, dass im letzten Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss über den Antrag der Fraktion Bündis90/Die Grünen/FR diskutiert worden sei. Nach den Ereignissen in den letzten Wochen sei dies eine notwendige Ergänzung. Die Richtlinie könne auch bei notwendigen Änderungen angepasst werden.

Herr Kuhn merkt an, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen haushalterisch gut dastehe, um eine Erhöhung der finanziellen Ausstattung der Sportförderrichtlinie durchzuführen. Auch werde an Vereine gedacht, die nach der Abgabenordnung nicht als Sportvereine zu sehen sind. Was sich immer wieder als schwierig darstelle, ist das Aufnehmen von Diskriminierungsverboten, welche bereits in der Verfassung der

Bundesrepublik verankert sind. Die Sportförderrichtlinie sei dafür da, Vereinen und Verbänden unter der Führung des Kreissportbundes Hilfe und Unterstützung zu geben. Herr Kuhn führt weiter aus, dass erneut über die Diskriminierungsverbote diskutiert werden sollte. Es solle jedoch erst die Sportförderrichtlinie beschlossen werden und nicht eine Formulierung aufgenommen werden, die später juristisch nicht umgesetzt werden könne.

Herr Landrat Dr. Kerth führt an, dass er vollkommen dahinterstehe, dass dem Sport mehr Geld zur Verfügung gestellt werde. Das Wichtigste sei, den Vereinen und Verbänden unbürokratisch finanzielle Mittel an die Hand zu geben.

Frau Brüdgam ergänzt, dass es dem Sport zu Gute komme, wenn die Sportförderrichtlinie beschlossen werde. Es ginge darum, eventuell Gelder zurückverlangen zu können. Der Änderungsantrag der BVR/BfS sei ein klares Zeichen gegen Diskriminierung. Dies sei noch nicht überall angekommen.

Herr Laars führt an, dass es absurd sei, dass eine Sportförderrichtlinie derartig politisch aufgeladen werde. Die Kreistagsfraktion AfD habe keinen Ansatz, gegen den Zusatz der Diskriminierung zu stimmen. Aufgrund der parteipolitischen Vereinnahmung lehne die Kreistagsfraktion AfD die Anträge jedoch ab.

Herr Herrmann moniert, dass die AfD für alles Schlechte verantwortlich gemacht werde.

Frau Müller stellt den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung nach § 13 Abs. Nr.5 der Geschäftsordnung des Kreistages Vorpommern-Rügen.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer entzieht Herrn Herrmann das Wort.

Herr Suhr führt an, dass das Diskriminierungsverbot verfassungsrechtlich verankert sei. Jedoch befinden wir uns in einer Zeit, in der es wichtig sei, dies auch mit dem Thema Sport zu betonen.

Herr Kuhn bittet um eine Auszeit von drei Minuten.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer unterbricht die Sitzung für drei Minuten.

Herr Kuhn informiert, dass die Kreistagsfraktion CDU dem Antrag der BVR/FW zustimmen werde. Die Kreistagsfraktion weise daraufhin, dass es nicht Sinn der Kommunalpolitik sein könne, in jeder Richtlinie dauerhafte Grundlagendebatten zu führen.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler.

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler mehrheitlich mit 9 Gegenstimmen zu.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der Änderungsanträge.

Beschluss: KT 95-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. die Richtlinie zur Förderung des Vereinssports im Landkreis Vorpommern-Rügen – Sportförderrichtlinie LKVR (Anlage 1).

2. Die Fördervereinbarung zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und dem Kreissportbund Vorpommern-Rügen e.V. ist entsprechend anzupassen (Anlage 2).

Unter Berücksichtigung des

• Antrages A/3/0027:
„Diskriminierungsverbot in der Sportförderrichtlinie verankern“

Die Sportförderrichtlinie wird um folgenden Punkt ergänzt.

( ) Diskriminierungsverbot Der Verein handelt nach Maßgabe des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und benachteiligt keine Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder sexuellen Identität. Er pflegt oder verbreitet insbesondere kein gewalttätiges, rassistisches, antisemitisches sowie religiös oder anderweitig diskriminierendes Gedankengut. Zuwiderhandlungen führen zur Rückforderung von gewährten Fördermitteln

• Änderungsantrages A/3/0027 /1:
„Diskriminierungsverbot in der Sportförderrichtlinie verankern“

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Der Satz eins wird wie folgt ergänzt:

> „( ) Der Verein handelt nach Maßgabe des Allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes und benachteiligt keine Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechtes, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder sexuellen Identität oder sexuellen Ausrichtung.“

Als neuer Satz zwei wird eingefügt:

> „Der Verein erbringt hierfür den Nachweis bei der Antragstellung durch eine entsprechende schriftliche Verpflichtungserklärung.“

Der damit neue Satz drei wird wie folgt geändert:

> „Der Verein hat sich nicht öffentlich auf seiner vereinseigenen Internetseite, in sozialen Medien oder auf sonstige Art und Weise insbesondere rassistisch aufgrund von Herkunft und Ethnie oder antisemitisch, noch diskriminierend aufgrund des Alters, einer Behinderung, des Geschlechtes, der Herkunft, der Ethnie, der Religion, der Weltanschauung, der sexuellen Identität oder Orientierung oder aus anderweitigen Gründen oder gewaltverherrlichend geäußert oder wurde auch nicht aufgrund dessen durch einen höherrangigen Fachverband auf Kreiseben, Landeseben und Bundesebene bestraft.“

Der damit neue Satz vier wird wie folgt geändert:

„Sofern der Nachweis des Gegenteils positiv geführt wird, ist die erhaltene Förderung durch den Verein unverzüglich in voller Höhe zurückzuzahlen."

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 9 Gegenstimmen zugestimmt

10. Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Vorpommerschen Landesbühne Anklam und ihren Zuwendungsgebern und Leistungspartnern: das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Landkreise Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen, die Hansestadt Anklam, die Gemeinde Ostseebad Heringsdorf, die Gemeinde Ostseebad Zinnowitz und die Städte Barth und Wolgast
Vorlage: BV/3/0093

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die Beschlussvorlage.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 96-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt,

die Kooperationsvereinbarung zwischen der Vorpommerschen Landesbühne Anklam, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen sowie der Hansestadt Anklam, der Gemeinde Ostseebad Heringsdorf, der Gemeinde Ostseebad Zinnowitz und den Städten Barth und Wolgast zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11. Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH in der Fassung vom 27. März 2019
Vorlage: BV/3/0094

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die Beschlussvorlage.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 97-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH in Form der Neufassung in Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 8 Gegenstimmen zugestimmt

12. Wirtschaftsplan der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH
Vorlage: I/3/0004

Der Kreistag nimmt die Information zur Kenntnis.

13. Festlegung der Aufnahmekapazität an der Sonnenblumenschule Franzburg - Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung
Vorlage: BV/3/0096

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 98-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Aufnahmekapazität für die Sonnenblumenschule Franzburg – Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung wird ab dem Schuljahr 2020/2021 mit 72 Schülerinnen und Schülern festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) zum 31. Dezember 2018
Vorlage: BV/3/0054

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.
Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 99-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den durch die Kommuna – Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 mit einer Bilanzsumme von 5.139.194,69 EURO fest. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 27.419,86 EURO ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

15. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: BV/3/0055

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 100-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

16. Abberufung des Kreiswehrführers
Vorlage: BV/3/0098

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 101-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der mit Wirkung vom 18. Juni 2019 berufene Kreiswehrführer, Herr Florian Peters, wird mit Datum vom 24. Februar 2020 von seiner Funktion und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis abberufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

17. Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Unterstützung der Einführung eines kostenlosen Senioren-Tickets im Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund“
Vorlage: A/3/0021

Herr Löttge begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Suhr merkt an, dass ihm als Mitglied der Bürgerschaft Stralsund ein solcher Antrag nicht bekannt sei. Auch habe sich die Stadt Stralsund noch nicht dazu geäußert. Eine Beschlussfassung gebe es ebenfalls nicht, grundsätzlich aber sinnvolle Ansätze. Weiter gebe es einen Mobilitätsausschuss, der sich im Rahmen des Mobilitätskonzeptes mit diesem Thema beschäftigen solle.

Frau Kühl ergänzt, dass eine Nutzung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) in Stralsund durch die Senioren nur möglich sei, wenn sie auch mit dem Bus nach Stralsund kommen würden. Es gebe Orte im Landkreis Vorpommern-Rügen, die nicht entsprechend oft genug durch Busse angefahren werden. Die Senioren könnten am öffentlichen Leben nur teilnehmen, wenn sie ihr eigenes Auto nutzen. Ebenfalls würden am Wochenende kaum Busse im Landkreis Vorpommern-Rügen fahren. Es müsse gewährleistet sein, dass von Montag bis Sontag Busse fahren. Dafür sei der Mobilitätsausschuss zuständig.

Frau Kasten regt an, den Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen.

Herr Reichenbach informiert, dass die Themen, die im Mobilitätsausschuss behandelt werden, insgesamt eine große Herausforderung darstellen. Vor allem die Abarbeitung gestalte sich schwierig. Es könnte hier jedoch ein Projekttag einberufen werden, an dem getestet werde, wie hoch die Ausnutzung ist. Dieses Ergebnis werde dann im Mobilitätsausschuss beraten und dem Kreistag vorgelegt.

Herr Dr. Zabel führt an, dass erst im Mobilitätsausschuss darüber diskutiert werden solle, wenn entsprechende Informationen zu Grunde liegen.

Frau Latendorf erfragt, warum in der Bürgerschaft darüber noch nicht gesprochen worden sei.

Herr Zabel antwortet, dass dies im Mobilitätsausschuss auf Grundlage von entsprechenden Daten diskutiert werden müsste. Um dies entsprechend in der Bürgerschaft zu diskutieren, müsse zunächst der Landkreis Vorpommern-Rügen entsprechende Daten erheben.

Frau Claudia Müller merkt an, dass der Antrag nicht als Prüfauftrag vorliege, sondern als Festlegung, welche durchgeführt werden solle. Die Finanzierung müsse vorab geklärt werden. Sie befürwortet eine Überweisung in den Mobilitätsausschuss.

Herr Landrat Dr. Kerth führt an, dass dieses Thema in dem 15-Punkte-Plan des Mobilitätsausschusses angeschnitten werde. Weiter handele es sich, wie Frau Müller bereits erwähnt hat, nicht um einen Prüfauftrag. **Herr Landrat Dr. Kerth** stehe zu diesem Thema mit dem Oberbürgermeister Dr. Badrow im Dialog. **Herr Landrat Dr.**

Kerth spricht sich dafür aus, den Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen. Zudem sei eine Konkretisierung des Beschlusstenors notwendig um klarzustellen, dass es sich um eine kostenneutrale Lösung handele.

Frau Kannengießer erfragt, wie der Gleichbehandlungsgrundsatz gegenüber den Bürgern berücksichtigt werde. Dieser sei hier nicht gewahrt. Auf der Insel Rügen gebe es ganz andere Voraussetzungen als in der Hansestadt Stralsund. Die Senioren hätten in den ländlichen Regionen schlechtere Voraussetzungen als in der Hansestadt Stralsund. Sie sei ebenfalls für eine Verweisung in den Mobilitätsausschuss.

Herr Dr. Zabel informiert, dass es bei diesem Thema darum gehe, den Bürgern über 70 ein besseres Angebot für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen. Diese Idee sollte weiter verfolgt werden. Er schlage vor, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln mit dem Inhalt, dass der Landrat und der Oberbürgermeister über diesen Punkt verhandeln sollen. Die Ergebnisse sollen dem Mobilitätsausschuss mitgeteilt werden, um diese dort weiter zu diskutieren.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer merkt an, dass ein Prüfauftrag entsprechend formuliert werden müsse.

Herr Dr. Zabel formuliert den Prüfantrag wie folgt: Der Landrat und der Oberbürgermeister sollen beauftragt werden, in Gespräche bezüglich kostenfreiem Nahverkehr für Bürger über 70 in der Hansestadt Stralsund einzutreten. Die Ergebnisse dieser Prüfung und insbesondere wie viel Bürger es betreffen, welche Kosten entstehen , welche Kapazitäten benötigt würden, sollen dem Mobilitätsausschuss vorgestellt werden und dort als Diskussionsvorlage genutzt werden.

Herr Löttge merkt an, dass die Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im ÖPNV in den ländlichen Regionen, ähnlich wie in anderen Bundesländern, noch lange nicht ausreichend sei. Weiter könne sich der Mobilitätsausschuss nicht mit allen Dingen bezüglich der Mobilität im Landkreis Vorpommern-Rügen beschäftigen. Dies sei für Ehrenamtliche nicht leistbar. Daran müsse auch konsequent in der Verwaltung gearbeitet werden. Herr Löttge merkt an, dass eine Verweisung in den Mobilitätsausschuss sowie eine Umwandlung in einen Prüfauftrag für ihn nicht negativ seien. Er bittet jedoch darum, dass die Verwaltung den Mobilitätsausschuss unterstütze und der Antrag entsprechend in den Kreistag zurückkomme, um konkrete Maßnahmen daraus abzuleiten. Herr Löttge stellt den Antrag, den Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung darüber, den Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen.

Herr Dr. Zabel merkt an, dass er einen Änderungsantrag gestellt habe, dass der Ursprungsantrag in einen Prüfauftrag umgewandelt werde.

Beschluss:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen verweist den Antrag A/3/0021:

„Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus, das Vorhaben des Oberbürgermeisters der Hansestadt Stralsund zur Einführung eines kostenlosen Senioren-Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr im Bediengebiet „Stadtgebiet Hansestadt Stralsund (Tarifwabe 100)“ der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH zu unterstützen. “

in den Mobilitätsausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

18. Antrag der Kreistagsfraktion BVR/FW und BfS-FDP: „Aufnahme des straßenbegleitenden Radweges an der L 21 zwischen den Gemeinden Wieck und Born auf dem Darß in die Prioritätenliste des Landkreises Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/3/0022

Herr Scharmberg begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Latendorf informiert, dass es im Landkreis Vorpommern-Rügen eine Prioritätenliste für Radwege gebe. Es bedarf einer dringenden Prüfung dieser Prioritätenliste, an welcher Stelle dieser Radweg stehe. Eine ständige Änderung ist nicht zielführend. Frau Latendorf schlägt vor, diesen Antrag in den Wirtschafts-, Tourismus- und Digitalisierungsausschuss zu verweisen.

Herr Schwarz merkt an, dass nach der Änderung der Hauptsatzung das Thema „Radwege" in die Zuständigkeit des Mobilitätsausschusses übergegangen sei. Im Kreistag sei beschlossen worden, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen einen Radwegebeauftragen brauche. Der Landrat habe erklärt, dass dieser als erste Aufgabe habe, eine Liste zu erstellen, welche Radwege von den Bürgern gefordert würden. Dies sei notwendig, um eine bessere Prioritätenliste zu erstellen und einen Überblick über die Kosten zu bekommen. Die Kreistagsfraktion CDU sei für eine Verweisung in den Mobilitätsausschuss.

Herr Scharmberg führt an, dass das Landesstraßenamt den Radweg bauen müsse. Dies sei eine Landesaufgabe.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass straßenbegleitende Radwege über die Prioritätenliste durch den Landkreis mitgesteuert würden. Dieser in dem Antrag aufgeführte Radweg stelle jedoch keinen Lückenschluss dar. Weiter entscheide der Kreistag über die Prioritätenliste.

Frau Latendorf erfragt, inwieweit der Radweg mit der Darßbahn im Konflikt stehe.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass dies in keinem Zusammenhang stehe.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer fasst zusammen, dass es einen Antrag auf Verweisung in den Mobilitätsausschuss und den Wirtschafts-, Tourismus- und Digitalisierungsausschuss gebe.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung, den Antrag in den Mobilitätsausschuss und den Wirtschafts-, Tourismus- und Digitalisierungsausschuss zu verweisen.

<u>Beschluss</u>:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen verweist den Antrag A/3/0022:

„Der Landrat wird beauftragt, den straßenbegleitenden Radweg an der L 21 zwischen den Gemeinden Wieck und Born auf dem Darß in die Prioritätenliste des Landkreises Vorpommern-Rügen für wichtige Radwegebaumaßnahmen im Kreisgebiet aufzunehmen. "

in den Mobilitätsausschuss und den Wirtschafts-, Tourismus- und Digitalisierungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung zugestimmt

19. Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zum Erhalt des Abstiegs am Königsstuhl vom 11. März 2019“
Vorlage: A/3/0023

Herr Burwitz begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Kasten führt an, dass in den einzelnen Ministerien des Landes Mecklenburg-Vorpommerns unterschiedliche Meinungen bestehen würden. Die Landtagsfraktionen würden sich mit dieser Thematik beschäftigen. Es seien auch Gutachter herangezogen worden. In Lohme sei dies zur Zufriedenheit gelöst worden. Weiter müsse auch der Küstenschutz berücksichtigt werden.

Herr Kuhn merkt an, dass die Kreistagsfraktion CDU den Antrag unterstütze. Die Bürgerinnen und Bürger haben begründete Initiativen ins Leben gerufen und seien für einen Abstieg am Königsstuhls als touristisches Highlight.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass bei einer Einforderung einer Stellungnahme vom Land eine förmliche Ablehnung erfolgen würde. Er warnt davor, dass zu schnell zu viel vom Land gefordert werde. Er sehe den Antrag als Bitte, an dem Thema weiter zu arbeiten.

Herr Kracht führt an, dass es in der heutigen Zeit genügend Ingenieure gebe, die einen entsprechenden Abstieg planen und bauen könnten. Jedoch gehe es um einen Erhalt des ursprünglichen Abstieges des Königsstuhls. Der Nationalpark stehe in Zuständigkeit des Landes. Eine Arbeitsgruppe in der eine Strategie entwickelt werde, sehe er nicht als zielführend.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 102-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, den Kreistagsbeschluss zum Erhalt des Abstiegs am Königsstuhl auf der Kreistagssitzung am 11. März 2019 nunmehr ohne weiteres Zögern umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 5 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt

20. Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: "Anbindung der Ortsteile von Ribnitz-Damgarten an den Stadtverkehr"
Vorlage: A/3/0024

Frau Falkert begründet den eingebrachten Antrag. Sie stellt den Antrag, den vorliegenden Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen.

Herr Ilchmann merkt an, dass eine Anbindung der Ortsteile von Ribnitz-Damgarten an den Stadtverkehr Kosten verursache. Er stellt den Antrag den vorliegenden Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung, den Antrag A/3/0024 in den Mobilitätsausschuss zu verweisen.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Mobilitätsausschuss einstimmig mit 4 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen verweist den Antrag A/3/0024:

„Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus, dass folgende Ortsteile von Ribnitz-Damgarten – Hirschburg, Klockenhagen, Altheide, Borg und Körkwitz – an den Stadtverkehr von Ribnitz-Damgarten angeschlossen werden und somit auch zu den Tarifbedingungen des Stadtverkehrs befördert werden."

in den Mobilitätsausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 4 Enthaltungen zugestimmt

21. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Sicherstellung einer guten Akustik während der Kreistagssitzungen" Vorlage: A/3/0025

Frau Latendorf begründet den eingebrachten Antrag und zieht ihn aufgrund der besseren Akustik an diesem Sitzungstag zurück.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

22. Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU, GRÜNE, SPD, BfS-FDP, BVR/FW: "Weiterführung der kommunalen Kofinanzierung der Frauenschutzhäuser" Vorlage: A/3/0026

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 103-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat mit der Hansestadt Stralsund über die Weiterführung der kommunalen Kofinanzierung des Frauenschutzhauses in Stralsund ab dem Haushaltsjahr 2021 in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, eine langfristige Lösung zu finden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

23. Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Stralsund/FDP und der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Beauftragung des Landrates zur

Einführung eines Wahlpflichtfaches Feuerwehr“
Vorlage: A/3/0028

Herr Scharmberg begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Claudia Müller merkt an, dass der Landrat nicht mit diesem Thema beauftragt werden könne. Dies müsse durch das Bildungsministerium genehmigt werden. Weiter müsse eine entsprechende Finanzierung erfolgen. Wie werde der entsprechende Wehrführer, der die Schüler unterrichtet, entlohnt. Oder erfolge dies ehrenamtlich. Wie findet die Benotung statt. Das Projekt, welches im Landkreis Vorpommern-Greifswald gestartet worden sei, werde derzeit beobachtet. Es werde geschaut, ob die Schüler anschließend wirklich in den Dienst der Freiwilligen Feuerwehr eintreten. Frau Müller beantragt daher die Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und den Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz.

Herr Scharmberg nimmt Bezug auf die Finanzierung. Die Mitglieder der Feuerwehren, bis auf die funktionsbezogenen Mitglieder, verrichten ihre Arbeit ehrenamtlich. Die Ausbildung erfolge durch die Kreisausbilder der Feuerwehr, diese seien ebenfalls Ehrenamtliche. Der Landkreis Vorpommern-Rügen sei darauf angewiesen, dass in den Feuerwehren Einsatzbereitschaft bestehe.

Herr Heinke führt an, dass es eine schwierige Aufgabe sei, Feuerwehrkräfte zu gewinnen. Ob ein Wahlpflichtfach die richtige Lösung sei, werde sich zeigen. Es müsse jedoch auch der Feuerwehrverband mit einbezogen werden.

Frau Kasten informiert, dass es für die Einführung eines Wahlpflichtfaches einer Genehmigung bedarf. Dies sei Sache der entsprechenden Schule. Es müsse sich ebenfalls über die Organisation des Unterrichtes Gedanken gemacht werden.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt zu bedenken, ob dies an den Schulen in Trägerschaft der Landkreises Vorpommern-Rügen sinnvoll sei. Das Wahlpflichtfach sei an den Regionalen Schulen besser aufgehoben.

Herr Löttge rügt, dass der Landrat die Zusammenarbeit mit dem Kreisfeuerwehrverband aufnehme, um dann eine entsprechende Information im Ausschuss geben zu können.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung, den Antrag in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und den Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz zu verweisen.

Der Kreistag lehnt die Verweisung mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen ab.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung des Ursprungsantrages.

Beschluss: KT 104-04/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, alles für die Einführung eines Wahlpflichtfaches „Feuerwehr“ zum Schuljahr 2020/2021 an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises zu

unternehmen und den Kreistag über die dafür notwendigen Voraussetzungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt mit 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen

24. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN/FR: "Aufstellung von Dünenabzäunung"
Vorlage: A/3/0029

Herr Niehaus begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Löttge informiert, dass mit dem letzten Beschluss der Landrat eindeutig beauftragt worden sei.

Herr Kuhn nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Löttge, dass er dies ebenfalls so sehe. Das Land evaluiere die Kosten zwischen dem Anspülen von Sand oder der Errichtung von Dünenzäunen.

Frau Christiane Müller führt an, dass es um einen Erlass aus dem Jahr 2014 gehe. Dieser untersage den staatlichen Ämtern, eine Abdrahtung vorzunehmen. Solange dieser Erlass wirksam sei, würden die staatlichen Ämter keine Handlungen vornehmen können.

Weiterer Redebedarf besteht nicht

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 107-04/2020

Der Landrat fordert die Landesregierung den Erlass „Einstellung der Dünenabzäunung“ vom 3.3.2014 zurück zu nehmen und zukünftig das Aufstellen der Dünenzäune wieder in die Verantwortung der staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Natur (StALU) zu legen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

Frau Kreistagspräsidentin Meyer lässt über die Fortsetzung der Kreistagssitzung abstimmen.

Der Kreistag lehnt die Fortsetzung der Kreistagssitzung mit 26 Ja-Stimmen und 26 Gegenstimmen ab.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer schließt die Sitzung um 21:07 Uhr.

2. Juni 2020, gez. K. Meyer	2. Juni 2020, gez. M. Hanusch
Datum, Unterschrift	Datum, Unterschrift
Kathrin Meyer	Marcus Hanusch
Kreistagspräsidentin	Protokollführer